

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., durch die Post 4.75 bezw. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle längerer Abwesenheit, Streik, Auslieferung, Betriebsänderung hat der Abonnent seinen Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstraße 22. Fernruf Nr. 2915 und 3015. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Kolonnenzeile 60 Pf., die 22 mm breite Kolonnenzeile 2.—/4 außerbeil. 75 Pf. bezw. 4.—/4. Ausland 2.— bezw. 4.—/4. Rabatt 10 % Zeitl. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 536

Montag, 15. November 1920.

74. Jahrgang

### Wrangel in Not.

London, 15. Nov.

Einer Reuter-Meldung aus Konstantinopel zufolge ist die Lage von Wrangel's Heer verarmt. Die Verletzten sind in von den Bolschewiken benannten In Sewa Popol und in anderen Orten befinden sich 80.000 Flüchtlinge. Die darum ersuchen, abtransportiert zu werden. Ein Schiff mit Flüchtlingen ist bereits in Konstantinopel eingetroffen. Wegen Nahrungsmittel- und Wohnungsmangels ist es ihnen nicht erlaubt worden, an Land zu gehen. Die einzige Hoffnung der Flüchtlinge ist das Frankreich ihnen zu Hilfe kommt und sie nach Algerien bringt.

Paris, 14. Nov. Die Pariser Presse bestätigt, daß sich das Heer Wrangel's in einer überaus kritischen Lage befindet. Die Alliierten erklären, die Bolschewiken sind der Arim Material in solcher Menge finden, daß sie ihre Macht konsolidieren und zu neuen Unternehmungen schreiten könnten. Die Niederlage die auf ein unerklärliches Zurückweichen zurückzuführen sei, könne also Frankreich nicht zur Last gelegt werden. — Die Agence Havas sagt, daß man in den militärischen Kreisen überlegt hat über den raschen Rückzug auf angedeuteten 25 Divisionen Wrangel's, die vor vierzehn Tagen noch 100 Kilometer vor der nunmehr drohenden Linie gekämpft hätten. Sewastopol sei unmittelbar bedroht.

Paris, 15. Nov.

Nach den letzten Berichten aus Konstantinopel hat Wrangel Sedahopol bereits geräumt. Die Bewohner der umliegenden Dörfer verlassen die Stadt. Die Bolschewiken melden, daß sie ihre ersten Stellungen in der Nähe von Arabadjan erobert hätten. Die „Times“ melden aus Konstantinopel, daß die Bolschewiken schwere Artillerie über das verlassene Meer geschossen. Über den Rückzug von Eschongar die Arim betreiben und die alte Verteidigungslinie Wrangel's im Osten durchbrechen hätten. Das Schicksal der Arim hänge von dem Ergebnis dieses Anzuges ab. Die Lage sei außerordentlich kritisch. Man beginne die Besatzung aus dem Gebiete fortzuschaffen.

### Wrangel zur Waffenstreckung aufgefordert.

Moskau 15. Nov.

Der Kommandierende der Südfront richtete an den Oberkommandierenden der Streitkräfte von Südrußland General Wrangel folgenden Aufruf: Die Zwecklosigkeit eines weiteren Widerstandes Ihrer Truppen ist klar auf der Hand. Dadurch würden nur neue Ströme von Blut vergossen werden. Ich schlaue Ihnen daher vor: Stellen Sie den Kampf sofort ein, und legen Sie und alle Ihnen unterstellten Truppen der Arme und Waffe die Waffen nieder. Wenn Sie diesen Vorschlag des Revolutionsrates der Südfront annehmen, so wird auf Grund der ihm von der Sowjetmacht angedeuteten Vollmacht Ihnen und allen, die mit Ihnen die Waffen niederlegen, Amnestie zugesichert für alle Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg verübt wurden. Allen, die nicht im Interesse arbeiten wollen, wird die Möglichkeit angedeutet, unbeschadet ins Ausland zu gehen unter der Bedingung, daß sie sich ehrenwärtlich verpflichten, an weiteren Kämpfen gegen Rußland nicht teilzunehmen. Wir erwarten Antwort durch Funkpruch innerhalb 24 Stunden.

### Bolschewischer Vorkrieg im türkischen Orient.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Nationalversammlung in Ankara die sowjetischen Grundzüge angenommen und Mustafa Kemal zum Volkskommissar ernannt.

Von außenpolitischer Seite wird uns bekannt, daß die türkischen Nationalisten mit Unterstützung der sowjetischen Regierung eine Intervention in Kleinasien erachtet haben, von wo aus die islamistische revolutionäre Bewegung in Rußland abgebrochen werden soll. An deutschen politischen Kreisen hat es große Vermutungen hervorgerufen, daß die Sowjetregierung sich auf ein derartiges sowjetisches Unternehmen in einem Ausmaß einläßt, wo England im Besitz der Hand die Beziehungen zu Rußland wieder aufnehmen. Die Frage ist hier außerordentlich kompliziert. Einmal hat auf der Hand, sollte England abgesehen werden einen Orientfeldzug gegen den Bolschewismus einzuleiten, so würde das unabsehbare Risiko für die gesamte wirtschaftliche und politische Lage Europas haben. Es würde kaum kommen können, daß die großen Nationen in Europa dazu abgesehen werden einen gemeinsamen Feldzug gegen Sowjetrußland zu unternehmen.

### Eine neue Sowjetnote an England.

London, 15. Nov.

Nach einer Mitternachtsmeldung ist eine neue, in aggressivem Ton gehaltene Note der Sowjetregierung eingetroffen. Die Note beschwört sich über die Verärgerung, die die englische Regierung bei der Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland herbeigeführt habe.

### Offensive der türkischen Nationalisten.

London, 15. Nov.

Die türkischen Nationalisten an der gesamten Westfront in Kleinasien von Bursa bis Utschal haben Erfolge errungen. Die Griechen räumten Inoguel und Simavr.

### Kanzler und Außenminister in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. Nov. Im diesem Apollo-Theater sprachen heute vor tausenden Bürgern Düsseldorf aller Parteien die heute hier eingetroffenen Mitglieder der Reichsregierung Reichskanzler Lehrenbach und Minister des Reichs Dr. Simon. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Köhnen ergriff Reichskanzler Lehrenbach von lebhaftem Beifall beglückwünscht, das Wort. Der Reichskanzler wies zunächst darauf hin, daß in seiner süddeutschen Heimat und am Niederrhein der gleiche deutsche Geist herrsche. Der Zweck der Reise sei in erster Linie, Fühlung mit dem Rheinland und seiner Bevölkerung zu nehmen und aus der Aussprache mit den rheinischen Vertretern Mut für die weitere Betätigung in der Regierung zu gewinnen. Auf der Fahrt durch das Ruhrgebiet seien die Erinnerungen an die schweren Ereignisse der Märkte vor Augen getreten. Der Reichskanzler richtete besondere Worte an die Arbeiterschaft, er betonte das volle Verständnis der Reichsregierung mit den Bestrebungen der Arbeiter auf materiellem und ideellem Gebiet. Die deutsche Arbeiterschaft habe sich einen hervorragenden Platz im deutschen Wirtschaftsleben gesichert. Es gelte, ihn in ernster Arbeit zu erhalten. Weiterhin gedachte der Redner der Beamten. Ohne ihre finanzielle Notlage zu verkennen, richtete die Reichsregierung an sie die Aufforderung, immer auch an die Gesamtinteressen zu denken. Die Beamtenchaft werde, wie er hoffe, einverstanden sein, daß die Reichsregierung einen guten Ausgang der Gesamtsituation als Ziel habe. An die Spa-Reise erinnernd, betonte der Reichskanzler, daß seit jenen Tagen merkliche Fortschritte in Deutschland zu verzeichnen seien. In erster Linie wolle er auf die Erfüllung der Kohlenverpflichtungen und dankte den Vorarbeitern die sich in dieser Sache in den Dienst des allgemeinen Vaterlandes gestellt hätten. Ihnen sei die Abwehr schwerer Gefahren zu verdanken. Der Reichskanzler erinnerte auch an die Forderungen der Entlassung und der Abrüstung, die ohne besondere Schwierigkeiten näher durchzuführen werden seien. In Bezug auf die fortwährende Drohung unserer Grenze mit dem Einmarsch laute er, daß unsere früheren Feinde diese Drohung doch wohl nicht so leicht in die Wirklichkeit umsetzen könnten, da der Untergang Deutschlands auch für sie verhängnisvoll werden müßte.

Reichsminister des Reichs Dr. Simon äußerte sich zur Lage der Hüttenindustrie infolge des Kohlenmanckels. Während in Deutschland Betriebe infolge der Kohlennot schließen müßten sei in Frankreich nach Aussagen französischer Minister die Kohlenlieferung nahezu wieder auf der Kriegshöhe angekommen. Dr. Simon äußerte sich dann über die bevorstehenden Konferenzen in Brüssel und in Genf zur Bekämpfung der Entlassungsfrage. Die deutsche Regierung habe bereits alles vorbereitet, um mit dem nötigen Material zu diesen Konferenzen zu kommen. Er erwarte die Einladung zu den Konferenzen in den nächsten Tagen. Ueber eines müsse man sich klar sein: Sicher noch eine weitere Unsicherheit über die Höhe der Entlassungsfrage als eine Hindernis an Unmöglichkeit. (Dr. Simon faßt also die Möglichkeit eines Scheiterns der Konferenzen bereits ins Auge.) Dann sprach er noch über die Entlassungsfrage. Er schloß mit den Worten, daß auch die soziale Form des Sozialismus aus unserem Lande herabzubringen müsse.

### Rede des Reichshochministers in Moaburg.

Moaburg, 14. Nov. Reichshochminister Raumer sprach heute auf dem Reichertag der Deutschen Volkspartei in einer Mitteilungsverammlung im Borsenaal über die hiesigen Rand-Isomere über die wirtschaftlichen Zeitfragen. Der Redner führte aus, wir leben gegenwärtig in einer dreifachen Revolution in einer politischen, ökonomischen und sozialen. Die ökonomische Revolution sei herbeigeführt worden durch die völlige Zerrüttung unserer wirtschaftlichen Grundlagen. Durch diese ökonomische Revolution haben alle zu leiden. Das Problem der Entwertung des Geldes sei vielleicht das größte wirtschaftliche Problem. Die wichtigste Aufgabe aller Regierungen bestehe in der Beherrschung der Kaufkraft des Geldes. Die soziale Revolution sei zum Teil eine Folge der ökonomischen. Dieser Revolution dürfe man nicht abschnend gegenüberstehen. Man müsse dahin arbeiten, den Arbeitnehmern in der Wirtschaft eine vollkommenere andere Stellung einzuräumen. Die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital müsse unbedingt durchgeführt werden. Die nächste wichtige Aufgabe sei, die landwirtschaftliche Produktion wieder zu heben. Durch die Revolutionierung der Landwirtschaft sei die Landwirtschaft in eine unerträgliche Lage gekommen. In der Industrie könne die Entwicklung ausschließlich von der Kohle ab. Eine der wichtigsten Aufgaben sei die Kohlenproduktion zu steigern, um Anderes zu produzieren. Immerhin seien heute schon die Möglichkeiten in der Kohlenförderung vorhanden. An diesem Zusammenhänge kam der Minister auf die Sozialisierung der Bergwerke zu sprechen und betonte, daß die Regierung auf dem Standpunkte stehe, daß wir sozialisiert werden dürfen, wo die Sozialisierungsmöglichkeit fördernd wirke. Der Bedarf der großen Massen müsse gedeckt werden durch eine bessere Organisation der Elektrizitätsversorgung.

### Das Ende des Streiks bei der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Nachdem die Forderungen der Knackstullen und Arbeiter der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft erfüllt wurden hat der Streik in Darmstadt sein Ende erreicht. Der Betrieb wurde vom 14. ds. ab in vollem Umfang wieder aufgenommen.

### Das Schulgeld im neuen Deutschland.

Bekanntlich hat der Minister Hainisch vom 1. Oktober ab das Schulgeld für jedes Kind auf 500 Mark hinaufgesetzt. Der Abgeordnete Dr. Voelke (D. Sp.) hat nun im Hauptauschuß anlässlich der Beratung des Kultusetats folgenden Antrag eingebracht: „Der Ausschuß wolle beschließen: die Staatsregierung zu eruchen, das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu veranlassen, unter Aufhebung des jüngsten Erlasses betreffend die Erhöhung des Schulgeldes an staatlichen Lehranstalten III 1178 III B. vom 9. September 1920) 1. das Schulgeld in erträglicher Höhe festzusetzen, 2. für Kinderreiche Familien Erleichterungen zu schaffen, 3. die Last der Freistellen beträchtlich zu erhöhen.“ Es ist dringend zu wünschen, daß die Landesparlamentarier diesen Antrag einstimmig annehmen, da jetzt weite Schichten des Volkes, die lange Zeit wichtige Kulturträger waren, nicht mehr in der Lage sind, ihren Kindern eine ihrer Begabung entsprechende Ausbildung zuteil werden zu lassen.

### Aus dem besetzten Gebiet.

#### Begnadigungen.

Aus Koblenz meldet das rz-Büro: Im Verlaufe seiner Reise in das Rheinland hat Präsident Millerand auf Verlangen des französischen Oberkommandos Tizard und des Oberkommandierenden der französischen Rheinarmee eine Anzahl von Begnadigungen von Rheinländern verfügt, die von der französischen Militärjustiz im Laufe der Okkupation verurteilt worden sind. Vierzig Begnadigungen sind von Millerand selbst unterzeichnet worden während in 180 Fällen Aufhebung der Strafe oder andere Verabreichungen schon durch den französischen Kriegswissenschaftler und den Oberkommandierenden der Armee verfügt worden sind. Andere Fälle der Begnadigung in Frage kommende Straffälle werden noch geprüft. Der französische Oberkommandierende hat, so laut die Meldung, die Erwartung ausgedrückt, daß diese Akte des Wohlwollens bei der rheinischen Bevölkerung verständnisvolle Aufnahme finden und dazu beitragen werden, korrekte Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen aufrechtzuerhalten.

### Die amerikanischen Besatzungstruppen.

Von unterrichteter Seite erfahren wir: Wie der deutschen Regierung von mahender Seite mitgeteilt wurde, beabsichtigt die amerikanische Regierung keinesfalls, in absehbarer Zeit die in Deutschland befindlichen Truppen zurückzuziehen, sondern sie legt äußersten Wert darauf, sie dort zu behalten.

### Die Rettung der Dieselmotore.

#### Die Entente-Note.

Berlin, 13. Nov. (Wolf.) Die Vorkonferenz der Entente übermittelte dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris eine vom französischen Ministerpräsidenten Lengues unterzeichnete Note vom 16. Nov., in der es heißt:

Die Vorkonferenz hat keineswegs den Wunsch, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beeinträchtigen. Sie ist daher bereit, die Maschinen bis auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu lassen, vorausgesetzt, daß sie nur zu handels- oder gewerblichen Zwecken verwendet werden. Diese Entscheidung wird an die beiden folgenden Bedingungen geknüpft, die ich Ihnen namens der Konferenz mitteilen die Ehre habe:

1. Die deutsche Regierung trifft alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um der internationalen Marinekontrollkommission spätestens bis 31. März 1921 einen Bericht übermitteln zu lassen, aus dem sich der Standort aller unterseeboot-Dieselmotoren ergibt, die am Tage des Waffenstillstandes Unterseebooten zugeteilt oder für Unterseeboote bestimmt waren.
2. Die deutsche Regierung erleichtert der internationalen Marinekontrollkommission in jeder Weise die Kontrolle über die industrielle Verwendung der Motoren dieses Typs. Das die Motoren betrifft, die zu der angegebenen Zeit nicht unter den oben angegebenen Bedingungen verwendet werden, muß die Konferenz sich das Recht vorbehalten, dahin zu entscheiden, daß sie unter Artikel 192 fallen.

### Regierung und wilde Streiks.

Unter Berliner Vertreter erklärt, daß gelegentlich einer Streikinterpellation die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Führern der Regierungsparteien eine Rundschreiben erlassen werde, in welcher erklärt werden soll, die Reichsregierung werde gegen jegliche Sabotage unserer Wirtschaft, sei es durch Streik oder durch Ausberrationen der Unternehmerschaft, rücksichtslos vorgehen. Gegen wilde Ausberrationen durch die Unternehmerschaft wird ebenfalls eine Verordnung vorbereitet, die Strafmaßnahmen androht, falls das ordnungsgemäße Schließungsverfahren von den Parteien umgangen wird.

### Deutsche Höflichkeit.

Die vier Berliner Vertreter hört, wird der deutsche Botschafter in Bern an der heutigen Genfer Eröffnungssitzung des Völkerbundes aus Gründen internationaler Höflichkeit teilnehmen.

